

Tätigkeits-

Schweizerischer Gewerkschaftsbund

bericht

März 2026

2022-2025



© SGB 2026

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Altersvorsorge	5
3	Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik	7
4	Gleichstellung	8
5	Arbeitszeit, Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz	10
6	Service public	11
7	Bildung	12
8	Migration	15
9	International	16
10	Kollektive Arbeitskonflikte	17
11	Anhänge/Dokumentation	18
	Tabelle 1: Arbeitslosigkeit	18
	Tabelle 2: Kollektive Arbeitsstreitigkeiten 2021-2025	18
	Tabelle 3: Mitglieder	18
	Liste 1: SGB-Vertretungen in Kommissionen, Stiftungen und anderen Vereinigungen	19
	Ständige eidgenössische Kommissionen	19
	Andere Kommissionen, Stiftungen, Organisationen	19
	Liste 2: SGB-Kommissionen und -Koordinationsgruppen	20
	Statutarische Kommissionen	20
	Fachkommissionen	23
	Koordinationsgruppen	23
	Liste 3: Tagungen und Events	23
	Kommunikation	23
	Archiv und Bibliothek	24
	SGB-Kongress 2022	24
	Delegiertenversammlungen 2022-2025	25
	Kantonale Bünde	25
	Tabelle 4: Präsidialausschuss	26
	Tabelle 5: Vorstand	27
	Mitglieder	27
	Tabelle 6: Sekretariat	29
	Tabelle 7: Eidgenössische Volksabstimmungen in den Jahren 2022-2025	32

1 Einleitung

Die Kongressperiode 2022–2025 wird als eine prägende Phase in die Geschichte der Schweizer Gewerkschaftsbewegung eingehen. Sie war gekennzeichnet durch intensive politische Auseinandersetzungen, breite gesellschaftliche Mobilisierungen und richtungsweisende Entscheidungen für die soziale Sicherheit. Über allem steht der Abstimmungssieg zur 13. AHV-Rente, der weit über die Tagespolitik hinausweist. Mit dem deutlichen Ja vom 3. März 2024 hat die Stimmbevölkerung nicht nur eine konkrete Leistungsverbesserung beschlossen, sondern ein starkes sozialpolitisches Signal gesetzt: für Respekt vor der Lebensleistung der Arbeitnehmenden und für eine solidarische Altersvorsorge. Mehr als zwanzig Jahre nach der erstmaligen Forderung durch den SGB wurde sie Realität. Die erste Auszahlung erfolgt Anfang Dezember 2026 – ein konkreter Fortschritt für Millionen von Rentnerinnen und Rentnern. Der Abstimmungsausgang bestätigte damit die gewerkschaftlichen Analysen und Kernanliegen: Für viele Menschen reicht die Rente nicht mehr. Sie brauchen höhere Renten statt ein höheres Rentenalter. Dies zeigte sich auch an der krachenden Niederlage der Renteninitiative der Jungfreisinnigen und dem dilettantisch gezimmerten «BVG-Bschiss» des Parlaments. Drei Viertel der Stimmbevölkerung lehnten ein höheres Rentenalter ab, zwei Drittel wehrten sich gegen noch tiefere PK-Renten trotz höheren Beiträgen. Damit konnten in der Altersvorsorge innerhalb einer Legislatur gleich drei zentrale Abstimmungen im Sinne der Arbeitnehmenden entschieden werden.

Diese Erfolge stehen exemplarisch für die strategische Ausrichtung des SGB in der Kongressperiode. In einer wirtschaftlich insgesamt guten Konjunkturlage setzte er auf höhere Löhne, einen stärkeren Lohnschutz und mehr Kaufkraft. Die nationale Lohn- und Kaufkraftdemonstration 2023 in Bern verlieh diesen Forderungen Nachdruck, machte die Verteilungsfrage sichtbar und trug zur Mobilisierung der Rentenfrage bei. Parallel dazu konnten im Europadossier substantielle Verbesserungen beim Lohnschutz sowie Verbesserungen beim Kündigungsschutz von Personalvertretungen ausgehandelt werden, die es nun politisch abzusichern gilt. Die politischen Erfolge dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gewerkschaftliche Organisationsmacht im gleichen Zeitraum gesunken ist. Insbesondere ist es nicht gelungen, die Dynamik der Frauenstreikbewegungen nachhaltig in einen deutlichen Mitgliederzuwachs von Frauen in den Gewerkschaften zu übersetzen. Die Mitgliederentwicklung ist besorgniserregend.

Gleichzeitig blieb der politische Druck hoch: Angriffe auf Arbeitszeitregelungen, Sparprogramme im Service public und Versuche, kollektive Rechte zu schwächen, machten deutlich, dass soziale Errungenschaften stets verteidigt werden müssen. Auch in der Gleichstellungspolitik, in der Bildungs- und Migrationspolitik sowie auf internationaler Ebene war der SGB gefordert, konsequent Position zu beziehen und tragfähige Allianzen zu schmieden. Diese unerlässliche Arbeit wird den SGB auch in Zukunft prägen. Dabei können politische Erfolge allein die strukturellen Herausforderungen der Gewerkschaftsbewegung nicht lösen. Der Auftrag für die kommende Kongressperiode ist klar: Wir müssen die Realität der Arbeitnehmenden klar benennen, gewerkschaftliche Kernanliegen konsequent vertreten, neue Gruppen von Arbeitnehmenden organisieren und solidarische Lösungen ins Zentrum stellen – dann sind konkrete Fortschritte möglich.

2 Altersvorsorge

Der Abstimmungssieg zur 13. AHV-Rente überstrahlt die letzte Kongressperiode: Am 3. März 2024 stimmten 58 Prozent der Stimmbevölkerung und insgesamt 16 Kantone (darunter der Jura mit satten 82 Prozent) Ja. Über 20 Jahre, nachdem der SGB zum ersten Mal eine 13. AHV-Rente forderte, folgte der historische Sieg in der Volksabstimmung. Im Dezember 2026 erfolgt die erste Auszahlung. Am gleichen Abstimmungssonntag lehnten drei Viertel der Bevölkerung und alle Kantone ein höheres Rentenalter wuchtig ab. Die Renteninitiative der Jungen FDP und die Arbeitgeber, die seit Jahren ein höheres Rentenalter fordern, erlitten eine krachende Niederlage. Zwei zentrale gewerkschaftliche Ziele wurden so in einer Abstimmung bestätigt: Ja zu höheren Renten, Nein zu einem höheren Rentenalter.

Der SGB hat rund um das Referendum gegen AHV 21 neue Instrumente und Kanäle aufgebaut. Unter anderem entstand eine grosse Community mit über 300'000 Personen, mehrheitlich Frauen aus allen Landesteilen. Diese Aufbauarbeit mit Fokus auf die Rentenfrage reichte weit über das klassische gewerkschaftliche und linke Umfeld hinaus. Das starke Engagement und hohe Spendeneinnahmen legten die Basis für eine historisch breite und engagierte Kampagne für das Ja zur 13. AHV-Rente.

Trotz des überraschend frühen Abstimmungstermins gelang es in kürzester Zeit, die jahrelange politische und ökonomische Analyse- und Überzeugungsarbeit des SGB und seiner Verbände, kommunikativ und visuell zuzuspitzen: «Die Rente reicht nicht mehr.» Diese Botschaft wurde breit verstanden. Nicht einfach als (treffender) Slogan in einer Abstimmungskampagne, sondern vor allem als Realität im Portemonnaie. Denn die Renten der Pensionskassen sind über die letzten Jahre stetig gesunken.

Der von den Sozialpartnern gemeinsam ausgehandelte BVG-Kompromiss ging dieses Problem austariert, solidarisch und ganzheitlich an. Die Mehrheiten im Parlament unter Druck des Gewerbeverbandes und der Pensionskassen-Lobby zerzausten jedoch den vom Bundesrat übernommenen Vorschlag. Der von den bürgerlichen Parteien gezimmerte «BVG-Bschiss» hatte ein schlechtes Preis-Leistungs-Verhältnis: Die Versicherten hätten mehr bezahlt für weniger Renten – insbesondere die Frauen. Der SGB setzte sich deshalb in einem breiten Bündnis gegen die Vorlage ein – und gewann auch diese entscheidende Abstimmung: 67 Prozent und alle Kantone lehnten tiefere Renten und unsoziale Beitragserhöhungen ab. Die Parlamentsmehrheit politisierte in der Altersvorsorge somit einmal mehr an der Bevölkerung vorbei. Der SGB und seine Verbände konnten somit alle drei Abstimmungen zur Altersvorsorge gewinnen.

Neben der intensiven Begleitung der parlamentarischen Beratung und der Abstimmungskämpfe für eine gute Altersvorsorge setzte sich der SGB auch in den anderen Sozialversicherungen für sozialen Fortschritt und gegen Abbau ein. In der Berichtsperiode erfolgte unter anderem die gerichtliche Anfechtung der Rentenalter-Erhöhung für die Frauen, die auf falschen Zahlen beruhte. Ebenfalls startete die politische Auseinandersetzung für die nächste IV-Reform: Der SGB wird sich insbesondere für die Eingliederung von jungen Erwachsenen einsetzen und dafür, dass die Arbeitgeber ihrer Verantwortung nachkommen. Einen einseitigen Leistungsabbau auf Kosten der Versicherten wird der SGB bekämpfen.



3 Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik

Von 2022 bis Anfang 2025 war die Konjunktur gut bis sehr gut. Die Arbeitgeber beklagten sich über «Fachkräftemangel» wie schon sehr lange nicht mehr. Gewerkschaftlich eine erfreuliche Ausgangslage, um Fortschritte zu erzielen. Das SGB-Sekretariat hat die Verbesserung der Einkommenssituation und der Kaufkraft der Berufstätigen mit oberster Priorität verfolgt. Dementsprechend war das Thema in der Öffentlichkeit sehr präsent. 2023 hat der SGB eine nationale Lohn- und Kaufkraftdemo in Bern durchgeführt. Das hat nicht zuletzt auch die Rentendiskussion beflügelt und zum Sieg bei der 13. AHV-Rente beigetragen. Beim Lohn gab es eine Aufwärtsbewegung. Die GAV-Löhne stiegen real um 0,8 Prozent pro Jahr. Das ist positiv. Der Lohnrückstand der Vorjahre bis 2022 von rund 5 Prozent konnte aber nicht aufgeholt werden, was angesichts der guten Konjunktur in den Jahren 2022–2024 bedauerlich ist. Das Thema «Wert der Lehre» erwies sich politisch als sehr resonanzfähig. Das zeigte die Öffentlichkeitskampagne für 8 Wochen Ferien für Lernende. Die andere Forderung, die 5'000 Franken Lohn für Berufsleute mit Lehre, wurde in einzelnen Verbänden aufgenommen. Das Potenzial zur Verbesserung der Lohnsituation – insbesondere der Frauen – und zur Aufwertung der Berufslehre ist aber gewerkschaftlich bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Ein wichtiger erster Schritt gelang beim Lohnschutz. Der SGB hat die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und dem Bund im Europadossier abgeschlossen. Mit den «Massnahmen 1–14» würde nicht nur der Lohnschutz gesichert, sondern er würde auch verbessert. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen müssen die Firmen viel besser geprüft werden. Erstunternehmer:innen können neu ebenfalls gebüsst werden, wenn die Subunternehmen gegen die Löhne verstossen. Die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung von Gesamtarbeitsverträgen wird durch tiefere Quoren erleichtert. Besonders wertvoll ist die Verbesserung des Kündigungsschutzes von Personalvertretungen, den wir gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt haben. Nun müssen wir das Paket durch das Parlament bringen. In diesem haben Arbeitgeber-Hardliner gegen unseren Widerstand in mehreren Anläufen versucht, die GAV und den GAV-Vollzug zu schwächen, sind aber unterlegen. Eine negative Überraschung war auch die Wettbewerbskommission, welche «Abreden» bei den Löhnen ins Visier nahm. Wir erreichten, dass die gewerkschaftliche Lohnkoordination und die GAV weiterhin nicht vom Kartellgesetz erfasst werden. Das SGB-Sekretariat hat den «Lohnrechner» zusammen mit den Verbänden ausgebaut. Er macht neu genauere Lohnempfehlungen. Zudem erlaubt der Lohnrechner, längerfristig Kontakte zu den Berufstätigen aufzubauen. Das SGB-Sekretariat produziert zu diesem Zweck neu den «Lohnletter», einen vierteljährlichen Newsletter zum Thema Lohn und Arbeit. Das wird sich auch positiv auf die Mitgliederzahlen auswirken.

In der Steuerpolitik wagten Bundesrat und Parlament nach den Stempel- und Verrechnungssteuerreferenden, die sie gegen ein Bündnis mit dem SGB verloren hatten, keinen neuen Anlauf für tiefere Kapital- und Unternehmenssteuern mehr. Dafür gelang es, die Krankenkassen-Prämienverbilligungen über den Gegenvorschlag zur Prämien-Entlastungsinitiative zu erhöhen.

Beschäftigungspolitisch konnten wir ein paar Verbesserungen erzielen. Mit der «Strategie öffentliche Arbeitsvermittlung 2030» werden die RAV die Arbeitslosen wesentlich stärker bei der Stellensuche unterstützen und weniger sanktionieren. Auch Personen, die über den Familiennachzug in die Schweiz kommen, werden besser beim Eintritt ins Erwerbsleben unterstützt.

4 Gleichstellung

In der Gleichstellungspolitik war die Berichtsperiode geprägt vom feministischen Streik am 14. Juni 2023 und von drei Schwerpunkten: die Löhne von Frauen erhöhen, die Vereinbarkeit der Erwerbs- und Familienarbeit verbessern sowie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bekämpfen.

In der Kontinuität der historischen Mobilisierung von 2019, die insbesondere dank des starken gewerkschaftlichen Engagements 500'000 Menschen auf die Strasse brachte, mobilisierte der feministische Streik 2023 erneut rund 300'000 Teilnehmende. Die Verbände des SGB waren bei den öffentlichen Mobilisierungen sichtbar präsent und setzten gleichzeitig einen starken Schwerpunkt auf Aktionen direkt in den Betrieben. So initiierten und unterstützten sie verschiedene Aktivitäten, etwa den Aufbau betrieblicher Gewerkschaftsgruppen, die Lancierung von Petitionen, das Sammeln von Forderungen sowie einzelne partielle Arbeitsniederlegungen. Die Zusammenarbeit mit feministischen Kollektiven, die vor allem von den Mitgliedern der feministischen Kommission und der Gleichstellungssekretärin des SGB getragen wurde, hat sich gegenüber 2019 weiter verstärkt. Trotz dieser breiten Mobilisierung erwies sich die Organisation von Arbeitsniederlegungen als schwieriger und weniger flächendeckend als erwartet; die Wirkung auf die Mobilisierung von Frauen blieb entsprechend begrenzt.

Beim Thema Lohnungleichheit konzentrierte sich der SGB auf die Aufwertung von Branchen und Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden. Die Übervertretung von Frauen im Tieflohnbereich, auch bei Frauen mit EFZ, erklärt weiterhin einen wesentlichen Teil der Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen. Neue Analysen und thematische Dossiers stützten die Lohnverhandlungen in ausgewählten Branchen. Das Potenzial zur Verbesserung der Lohnsituation von Frauen ist jedoch bei Weitem nicht ausgeschöpft. Es braucht zwingend neue Strategien, um in diesem Bereich deutlichere Fortschritte zu erzielen. Parallel dazu eröffnete sich nach der besorgniserregenden Zwischenbilanz zur Umsetzung der seit 2020 im Gleichstellungsgesetz (GIG) verankerten Lohnungleichheitsanalysen ein neues Gelegenheitsfenster, um die Instrumente zur Bekämpfung der Lohndiskriminierung in den Unternehmen zu stärken.

Eine Verbesserung der Lohnsituation von Frauen setzt auch eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben voraus. Denn selbst 2025 arbeiteten Frauen durchschnittlich drei Stunden pro Woche mehr als Männer, verwendeten jedoch 60 Prozent dieser Arbeitszeit für unbezahlte Tätigkeiten, während Männer die gleiche Zeit für bezahlte Arbeit einsetzen. Der SGB setzte sich aktiv für den Aufbau eines Service public der familienergänzenden Kinderbetreuung nach dem Vorbild der Schule ein, insbesondere durch die Unterstützung der Kita-Initiative und die Begleitung der parlamentarischen Arbeiten zur langfristigen Sicherung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung.

Auch das Thema geschlechtsspezifische Gewalt nahm in den gleichstellungspolitischen Debatten zunehmend Raum ein, unter anderem aufgrund des Nationalen Aktionsplans 2022–2026 zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und der Zunahme von Femiziden. In diesem Kontext forderte der SGB Nulltoleranz gegenüber sexistischer Gewalt und sexueller Belästigung am



Info-Desk

so femminista dell'US



Arbeitsplatz. Die Verbände lancierten verschiedene Sensibilisierungskampagnen. Auf legislativer Ebene unterstützte der SGB aktiv die Ratifizierung der ILO-Konvention 190. Der 15. feministische Kongress des SGB im November 2025, der erstmals für alle Frauen und Geschlechterminoritäten geöffnet wurde, erklärte den Kampf gegen sexistische und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz zu einer feministischen gewerkschaftlichen Priorität, die konsequent weiterzuverfolgen ist. Zudem beauftragten die Delegierten den SGB, eine treibende Rolle für einen neuen grossen feministischen Streik im Jahr 2027 zu übernehmen.

5 Arbeitszeit, Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz

Der Bereich des Arbeitsrechts stand 2022 bis 2025 im Spannungsfeld zwischen erfolgreicher Verteidigung zentraler Schutzstandards und zunehmend aggressiven Angriffen auf das Arbeitsgesetz. Während es gelungen ist, die Deregulierung der Plattformarbeit im Parlament zu bodigen, verschärften sich gleichzeitig die politischen Bestrebungen, Arbeits- und Ruhezeitvorschriften substanziell aufzuweichen.

Ein wichtiger Erfolg war, dass wir die Deregulierung der Plattformarbeit im Parlament bodigen konnten. Wirtschaftsliberale Kreise wollten eine «Wahlfreiheit» zwischen Selbstständigkeit und Anstellung oder gar einen dritten Erwerbsstatus für Plattformbeschäftigte einführen. Das hätte den sozialversicherungsrechtlichen Schutz massiv geschwächt und Risiken auf die Beschäftigten abgewälzt. Der SGB stellte klar: Der Erwerbsstatus ist nicht frei verhandelbar, sondern ergibt sich aus der realen wirtschaftlichen Abhängigkeit. Gerichtssentscheide gegen Unternehmen wie Uber bestätigten, dass das geltende Arbeits- und Sozialversicherungsrecht auch für digitale Geschäftsmodelle gilt. Die Rechtsdurchsetzung bleibt aber eine grosse Herausforderung. Bisher haben nur zwei Kantone die Bundesgerichtsurteile umgesetzt.

Parallel dazu verschärften sich jedoch die Angriffe auf das Arbeitsgesetz. Unter dem Schlagwort «Flexibilisierung» werden Ausweitungen der Sonntagsarbeit, längere tägliche Arbeitszeiten und verkürzte Ruhezeiten vorangetrieben. Besonders problematisch sind Vorschläge, den Arbeitszeitrahmen faktisch auf 17 Stunden auszudehnen, die Ruhezeit auf neun Stunden zu senken und Sonntagsarbeit weitgehend bewilligungsfrei zuzulassen – teilweise ohne Zuschlag. Das gilt auch für die geplante Neuregelung der Telearbeit im Obligationenrecht. Sie droht, zur Homeoffice-Falle zu werden: Arbeitgeber könnten minimale Anteile an Arbeit ausserhalb des Betriebs nutzen, um strengere Schutzbestimmungen des Arbeitsgesetzes zu umgehen. Damit würden bewilligungspflichtige Sonntagsarbeit, Zuschläge und klare Ruhezeitvorgaben ausgehöhlt.

Diese Angriffe erfolgen in einer Phase steigender Belastungen. Die Schweiz zählt weiterhin zu den Ländern mit hoher Lebensarbeitszeit und hohem Anteil an Wochenendarbeit. Psychosoziale Belastungen, Stress und krankheitsbedingte Absenzen sind deutlich erhöht. Die Belastung der Arbeitnehmenden ist hoch: steigender Stress, zunehmende Erreichbarkeit in der Freizeit und Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gerade in Branchen mit unregelmässigen Arbeitszeiten verschärfen kurzfristige Einsatzpläne und Wochenendarbeit den Druck. Entsprechend standen auch Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im Fokus. Angesichts steigender krankheitsbedingter Absenzen fordern wir eine konsequentere

Durchsetzung der bestehenden Vorschriften und stärkere Kontrollen. Arbeitszeitregeln sind Präventionsinstrumente – nicht Bürokratie.

Neben der Verteidigung der Arbeitszeitregelungen setzte sich der SGB konsequent für starke Gewerkschaftsrechte ein. Der Schutz von Personalvertretungen, die Sicherung der Koalitionsfreiheit und die Stärkung von Gesamtarbeitsverträgen blieben zentrale Themen. Die Auseinandersetzungen im Parlament und vor Gerichten zeigten, dass kollektive Rechte keineswegs selbstverständlich sind. Versuche, Gesamtarbeitsverträge oder deren Vollzug zu schwächen, konnten abgewehrt werden.

Die juristischen Tagungen 2022–2025 des SGB begleiteten diese Auseinandersetzungen fachlich. Sie befassten sich mit den Folgen der Digitalisierung, der Verteidigung des Arbeitsgesetzes, Fragen der Sonntagsarbeit und von Ruhezeiten sowie mit dem kollektiven Arbeitsrecht und der Koalitionsfreiheit. Sie stärkten die Vernetzung der gewerkschaftlichen Rechtsdienste und lieferten die Grundlage für eine koordinierte Gegenwehr.

6 Service public

Der Service public war auch in der vergangenen Periode politisch unter Druck. Dies, obwohl seine Schlüsselrolle in der Bewältigung der grossen Herausforderungen unserer Zeit auf der Hand liegt: Klima-, Pflege- und Verteilungskrise – sie alle sind nicht zu meistern ohne massive Investitionen in den Service public und ohne gute Arbeitsbedingungen für sein Personal.

Was die postalische Versorgung betrifft, hatte der SGB tatkräftig zur Verhinderung der Privatisierung der PostFinance beigetragen. Die Auseinandersetzungen um die «Grundversorgung der Zukunft» waren ebenfalls auf einen Abbau ausgelegt, welcher jedoch grösstenteils eingedämmt werden konnte. Dies kontrastiert mit dem durch die Post in Eigenregie vorangetriebenen Rückbau der Grundversorgung.

Im Medienbereich ist es mit viel politischer Arbeit gelungen, die indirekte Medienförderung leicht auszubauen (und deren Abschaffung u.a. für die Gewerkschaftspresse zu verhindern). Am allerwichtigsten ist jedoch, dass mit dem Nein zur «Halbierungsinitiative» die Zerschlagung der SRG verhindert werden konnte. Der Preis, der dafür bezahlt werden musste, ist allerdings hoch: umfangreiche Sparmassnahmen und die Streichung von Hunderten von Stellen. Noch weitaus grösser ist der Kahlschlag jedoch im privaten Mediensektor.

Der öffentliche Verkehr war in der Kongressperiode vor allem budgetpolitisch unter Druck. Die Bundesgelder für Betrieb und Ausbau sind dabei u.a. dank des Engagements der Gewerkschaften mit einem blauen Auge davongekommen. Das Gleiche gilt für den internationalen Schienenverkehr, welcher im Rahmen der aktualisierten EU-Verträge zwar punktuell liberalisiert würde, dies jedoch mit vielen von uns erfolgreich verhandelten Leitplanken, welche sowohl das integrierte öV-System als auch das Personal schützen.

Die Strompreis- und Energiekrise im Zuge des Ukraine-Kriegs hat die Vorzüge des Schweizer Systems deutlich aufgezeigt: Die Grundversorgung sowie die ausgebaute Wasserkraft

waren die entscheidenden Schutzfaktoren, welche die Schweizer Haushalte und KMU vor explosionsartig steigenden Strompreisen bewahrt haben. Umso wichtiger bleibt es, dieses System nicht zu zerschlagen, sondern im Gleichschritt mit der Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbaren zu modernisieren. Sehr abträglich wäre diesem Ziel das mit der EU verhandelte Strommarktabkommen.

Nach dem Erfolg der Pflegeinitiative lässt deren Umsetzung weiter auf sich warten. Der SGB und seine Verbände haben sich dennoch auf allen Ebenen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt. Weiter ist es uns, ganz allein, auch fast gelungen, mit dem Referendum gegen die Gesundheitsreform EFAS einen gefährlichen Ausbau der Kassenmacht zu verhindern. Zentral war aber insbesondere unser Einsatz für eine soziale Finanzierung. Die vom SGB mitkonzipierte Prämientlastungsinitiative ist zwar gescheitert, der erreichte Gegenvorschlag hat jedoch das Potenzial, eine erstaunlich positive Wirkung zu entfalten. Für die Entlastung der Bevölkerung braucht es aber noch viel mehr.

Der Service public darf keineswegs geschwächt, sondern er muss vielmehr massiv gestärkt werden. Dies gilt etwa für die Entwicklung eines allen zugänglichen digitalen Service public: Hierfür ist die Annahme der staatlichen e-ID ein wichtiges Element. Dieses ergab sich so nur, weil davor – auch dank uns – die ursprünglich aufgegleiste, komplett privatisierte e-ID verhindert werden konnte.

7 Bildung

Die Aufwertung der Berufslehre stand in der Berichtsperiode 2022 bis 2025 im Fokus. Einerseits über die Lohnfrage, andererseits über die Attraktivität der Berufslehre mit einer Offensive für mehr Ferien für jugendliche Arbeitnehmende sowie die Stärkung der Berufsabschlüsse von Erwachsenen.

Auf Druck des SGB startete der Bund 2024 eine Konsultation zur «Attraktivität der Berufsbildung». Unsere Erwartungen unterstrichen wir in einer Stellungnahme und einem Schreiben an den Bundesrat. Am Spitzentreffen Berufsbildung 2025 wurde eine Standortbestimmung inkl. Roadmap bis 2028 verabschiedet. Der SGB fordert einen Mindestlohn von 5'000 Franken nach Lehrabschluss sowie mindestens acht Wochen Ferien für Lernende.

Mit der Allianz «8 Wochen Ferien in der Lehre» lancierte der SGB im Sommer 2025 einen offenen Brief an den Bundesrat als Auftakt der Kampagne. Sie wurde zu einem grossen Erfolg: Innert zwei Monaten wurden über 176'000 Unterschriften gesammelt. Es entstand eine starke mediale Debatte über den Wert der Lehre und die Lage der Lernenden. Zum Ausbau der Angebote für Lernende hat der SGB die Plattform «Ich kenne meine Rechte» als Chatbot weiterentwickelt und modernisiert sowie einen passenden Social-Media-Kanal auf TikTok aufgebaut. Die Interaktion und die Nutzung durch Lernende haben dadurch deutlich zugenommen.

Beim Berufsabschluss für Erwachsene (BAE) wurden mit den Berichten «Direkte und indirekte Kosten der beruflichen Grundbildung für Erwachsene» (2022) sowie «Validierung von Bildungsleistungen und Qualifizierungsmöglichkeiten für Erwachsene ohne Berufsabschluss»

(2023) zentrale Grundlagen erarbeitet. Der SGB engagierte sich in der BAE-Koordinationsgruppe insbesondere zu Anrechnung und Finanzierung. Die Anzahl Berufsabschlüsse von Erwachsenen konnte klar gesteigert werden.

Zum gewerkschaftlichen Kernanliegen einer effizienteren und kollektivierten Diplomanerkennung analysiert der Schlussbericht «Bestandesaufnahme Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen» den Handlungsbedarf und formuliert Empfehlungen. Der SGB wirkte in der Begleitgruppe mit und vermittelte über die Verbände Interviewpersonen. Aufgabe in der kommenden Kongressperiode wird sein, die Umsetzung der Empfehlungen kritisch zu begleiten und den politischen Druck hochzuhalten.

Beim Massnahmenpaket höhere Berufsbildung kritisierte der SGB den Fokus auf reine Marketing-Massnahmen wie die Titelergänzungen «Professional Bachelor/Master». Umso wichtiger war die im Sommer 2025 publizierte Wirkungsevaluation der subjektorientierten Finanzierung in der höheren Berufsbildung 2016–2022. Diese zeigte, dass die Kurskosten für die Teilnehmenden merklich gesenkt werden konnten.

In der Vernehmlassung zur BFI-Botschaft 2025–2028 stellte sich der SGB entschieden gegen die Sparpolitik des Bundes. Es gelang, substanzielle Kürzungen beim Weiterbildungsgesetz und bei dessen Fördertatbeständen zu verhindern.

Als Träger der Berufsprüfung «Gewerkschaftssekretär:in mit eidg. Fachausweis» erarbeitete der SGB ein Äquivalenzverfahren für Personen ohne Schweizer Abschluss auf Sek-II-Stufe. 2022 und 2024 konnten insgesamt 15 eidgenössische Fachausweise übergeben werden.



Solidarität und Teilhabe. Gemeinsam stark!
solidarité et participation. L'union fait la force.



8 Migration

In der vergangenen Berichtsperiode setzte sich der SGB für eine Migrationspolitik ein, die die Rechte der in die Schweiz migrierten Menschen respektiert, ihre berufliche Integration fördert und ihnen bessere soziale Sicherheit sowie politische Teilhabe ermöglicht. Beim Zugang zum Arbeitsmarkt begleitete der SGB Arbeiten, die darauf zielten, Hürden bei der beruflichen Integration ukrainischer Flüchtlinge abzubauen, die Integrationsvorlehre (INVOL) zu verstetigen und die berufliche Integration qualifizierter Personen zu verbessern, die im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz gekommen sind.

Im Bereich der sozialen Sicherheit ist festzuhalten, dass jede Verbesserungsvorlage auf erheblichen Widerstand stiess. Das zeigt insbesondere die Abschreibung der parlamentarischen Initiative «Armut ist kein Verbrechen» nach vier Jahren parlamentarischer Beratungen, trotz der Unterstützung zahlreicher Organisationen, darunter des SGB. Damit werden Personen, die seit mehr als zehn Jahren in der Schweiz leben, weiterhin ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren können, wenn sie Sozialhilfe beziehen. Diese Problematik, die mit den prekären Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Migrantinnen und Migranten in der Schweiz zusammenhängt, wurde in einem von der Migrationskommission des SGB erarbeiteten und im Januar 2023 veröffentlichten Dossier analysiert: «Teilhabe, ja, Prekarität, nein».

Die in den letzten Jahren schrittweise erfolgten Verschlechterungen des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) sowie die Verschärfungen der Asylpolitik, initiiert und gestützt von der SVP und einer rechten Mehrheit, lassen nur wenig Raum und politische Chancen für einen Kurswechsel. Der SGB wird dadurch weitgehend auf defensives Handeln zurückgeworfen. Ein Beispiel dafür ist die SVP-Chaos-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», die im April 2024 eingereicht wurde und gegen die der SGB mit Nachdruck mobilisiert hat. Die erheblichen Risiken dieser Initiative für die Personenfreizügigkeit und die Rechte von Migrantinnen und Migranten veranlassten die Migrationskommission des SGB, sie ins Zentrum der letzten jährlichen Migrationskonferenz des SGB im September 2025 zu stellen. Die Teilnehmenden verabschiedeten eine Resolution gegen diese Initiative und tauschten sich zugleich über Projekte aus, die darauf abzielen, die Rechte von Migrantinnen und Migranten zu stärken. Der Kampf gegen rechtspopulistische Angriffe und für Teilhabe statt Ausgrenzung wird uns auch in den kommenden Jahren weiter beschäftigen.

9 International

Der SGB engagierte sich im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) auf Ebene des Kongresses, des Vorstandes sowie regional (Teilnahme an den Arbeiten des Pan-European Regional Council [PERC], der die europäischen Aktivitäten insbesondere im Hinblick auf die ILO koordiniert).

Auch 2022–2025 übernahm der SGB eine aktive Rolle, um das internationale Arbeitsrecht weiterzuentwickeln und in der Schweiz umzusetzen. Im Vordergrund der jährlichen ILO-Konferenzen standen neben der Regulierung von Plattformarbeit der Gesundheitsschutz sowie der Schutz Arbeitnehmender vor neuen Gefahren und vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz. Per Beschluss der ILO-Konferenz vom Juni 2022 wurden die Kernarbeitsnormen um Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz erweitert. Sie haben damit den Status von Menschenrechten. Die Schweiz muss die Bestimmungen zum Gesundheitsschutz deshalb umsetzen – unabhängig von einer Ratifizierung der entsprechenden Abkommen.

Im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) ist der SGB ein aktives Mitglied des Vorstands. Der SGB pflegt mit dem EGB einen ausgezeichneten Austausch, wenn es um die Vertretung der Interessen von Schweizer Arbeitnehmenden im Verhältnis mit der EU geht. Dies war und bleibt für die Aufrechterhaltung und Stärkung des Schweizer Lohnschutzes von grossem Wert. «Gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort» ist der zentrale Grundsatz, an dem sich die Gewerkschaften überall in Europa orientieren.

Im November 2022 fand der Kongress des IGB und im Mai 2023 jener des EGB statt, beide unter Beteiligung des SGB. Am EGB-Kongress wurde die vom SGB unterstützte irische Kollegin Esther Lynch zur neuen Generalsekretärin gewählt. Neuer EGB-Präsident wurde der Österreicher Wolfgang Katzian, welcher über die Jahre für die Schweizer Gewerkschaften ebenfalls eine sehr wichtige Stütze für die Verteidigung der flankierenden Massnahmen war.

Weiter hat der SGB seine Vertretung im Konsultativkomitee der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) während der letzten vier Jahre aktiv wahrgenommen. Im Zentrum seines Engagements stand dabei wiederum die Stärkung des «Nachhaltigkeitskapitels», welches in neuen und erneuerten Freihandelsabkommen die Einhaltung guter Arbeitsbedingungen garantieren soll.

In der Berichtsperiode schloss die Schweiz im Rahmen der EFTA neue Freihandelsabkommen mit Chile, Moldawien, Indien, Kosovo, der Ukraine, Thailand, Malaysia und den Mercosur-Staaten ab. Sie fassen zumindest teilweise auf dem Muster-Nachhaltigkeitskapitel der EFTA. Der SGB setzte sich dafür ein, dass die im Nachhaltigkeitskapitel versprochenen Verbesserungen der Arbeitsrechte auch tatsächlich umgesetzt werden.

In der Berichtsperiode fanden zudem tripartite Arbeitsdialoge zwischen der Schweiz und den Ländern China, Indonesien, Vietnam und Moldawien statt, jeweils unter Beteiligung des SGB.

10 Kollektive Arbeitskonflikte

Angesichts stagnierender Löhne, wachsender Überlastung, drohenden Personalabbaus und schlechter Arbeitsbedingungen griffen die SGB-Verbände verstärkt zu Streiks, Protestaktionen, Arbeitsniederlegungen und Verhandlungen, um die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen und den Service public zu sichern.

Höhepunkte waren die Streiks zur Verteidigung des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe (je 15'000 SEV-Mitarbeitende 2022 und 2025) sowie gemeinsame Aktionen in der Elektro- und Gebäudetechnik 2023. Weitere Konflikte betrafen Riri (Tessin, 2022), Progin SA (2024), Vetropack und Micarna (Waadt, 2024), Samvaz (Freiburg, 2025) und Velo-Kurier:innen in Zürich (2025). Insgesamt führten Unia-Mitglieder rund 80 Arbeitskämpfmassnahmen durch. Der SEV organisierte Protestaktionen gegen Stellenabbau und Reformvorhaben bei SBB Cargo sowie am Flughafen Zürich. Mehrere Tausend Mitarbeitende beteiligten sich an landesweiten Aktionen, zudem forderte der SEV Schutzmassnahmen gegen zunehmende Gewalt gegenüber Zugpersonal. Der VPOD setzte Arbeitsniederlegungen und Protestaktionen um, unter anderem 2023 am Flughafen Genf gegen ein neues Lohnmodell, am Theater Basel für einen neuen GAV mit Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen sowie im Gesundheitswesen beim Inselspital Bern gegen Überlastung und Personalabbau. Auch das Bundespersonal in Bern beteiligte sich an Protesten und Verhandlungen für Teuerungsausgleiche. Syndicom wehrte sich gegen die geplante Schliessung von 25 Poststellen im Kanton Bern im Rahmen einer landesweiten Umstrukturierung von 170 Postfilialen. 2025 rückte erneut die Situation bei der Post in den Fokus, insbesondere in der Region Arc jurassien (Jura bernois, Neuchâtel, Jura, Biel). Syndicom prangerte öffentlich «inhumane» Arbeitsbedingungen an, darunter hohe Zielvorgaben, Unterbesetzung und Disziplinarandrohungen.

In der Luftfahrt standen die Swiss-Pilot:innen (Aeropers) und das Kabinenpersonal (Kapers) im Konflikt mit ihrer Arbeitgeberin: 2022 wurde ein geplanter Streik kurzfristig zurückgezogen, nachdem ein neues GAV-Abkommen angekündigt wurde. 2025 kündigten die Pilot:innen den GAV, um neue Verhandlungen zu erzwingen. Kapers nutzte 2023/2024 die GAV-Kündigung als Druckmittel und organisierte 2025 eine symbolische Protestaktion gegen das Lohnmodell.

Eine Übersicht über die Anzahl kollektive Arbeitsstreitigkeiten findet sich im Anhang.

11 Anhänge/Dokumentation

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit

Jahr	Arbeitslosenquote in %
2022	4,1
2023	4,0
2024	4,3
2025	4,8

Quelle: BA für Statistik.

Tabelle 2: Kollektive Arbeitsstreitigkeiten 2021–2025

Jahr	Arbeitskonflikte	Beteiligte Arbeitnehmende	Ausgefallene Arbeitstage
2021	3	790	3'190
2022	9	16'709	25'200
2023	5	4'827	3'487
2024	5	2'694	3'712
2025	9	47'181	54'903

Quelle: BA für Statistik. Kommentar: Diese Statistik erfasst nur Streiks, die mindestens einen ganzen Tag lang dauerten. Sie widerspiegelt deshalb die Arbeitswelt in einem zu idyllischen Sinn. Es waren auch in dieser Berichtsperiode zahlreiche stundenweise Warnstreiks und Protestanlässe zu verzeichnen.

Tabelle 3: Mitglieder

Verband	2022	2023	2024	2025
Unia	175'274	174'450	171'581	170'873
SEV	37'237	36'916	36'506	35'885
VPOD	32'142	32'037	31'257	31'423
syndicom	29'181	29'034	27'864	27'219
SIT	9'258	9'165	9'167	9'196
PVB	7'669	7'378	7'168	7'159
SBPV	6'306	5'691	5'226	4'798
AvenirSocial	3'815	3'785	3'907	3'987
Garanto	2'719	2'614	2'400	2'136
SSM	2'739	2'666	2'735	2'729
kapers	2'380	2'842	3'136	3'215
SMPV	2'516	2'476	2'428	2'234
SMV	1'719	1'687	1'702	1'754
SzeneSchweiz	1'384	1'350	1'306	1'278
Nautilus	561	530	535	536
ESPA	267	262	288	309
New Wood	23	23	23	23
SPV*	–	2'232	2'111	2'345
HelvetiCA*	–	652	642	652
SGB total	315'190	315'790	309'982	307'751
Frauen	101'479	103'442	102'899	103'032
Männer	213'711	212'348	207'048	204'628

* Beitritt 2023

Liste 1: SGB-Vertretungen in Kommissionen, Stiftungen und anderen Vereinigungen

Ständige eidgenössische Kommissionen

- Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung (AK ALV)
- Ausgleichsfonds der AHV Compenswiss – Verwaltungsrat
- Begleitgruppe Agenda 2030
- Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit
- BVG-Auffangeinrichtung, Stiftungsrat
- BVG-Sicherheitsfonds, Stiftungsrat
- Eidg. AHV/IV-Kommission
 - IV-Ausschuss
 - Ausschuss für mathematische und finanzielle Fragen
- Eidg. Arbeitskommission
- Eidg. Arbeitszeitgesetzkommission
- Eidg. Berufsmaturitätskommission (EBMK)
- Eidg. Einigungsstelle zur Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten
- Eidg. Kommission zur Beratung des Nationalen Kontaktpunktes für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen (NPK)
- Eidg. Kommission für die berufliche Vorsorge (BVG)
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (EKF)
- Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ)
- Eidg. Kommission für Migrationsfragen (EKM)
- Eidg. Kommission gegen Rassismus (EKR)
- Eidg. Kommission für Wohnungswesen
- Eidg. Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) inkl. Fachkomm.
- Eidg. Kommission für die Bundesstatistik
 - Expertengruppe Bildung und Wissenschaft
 - Expertengruppe Sozialstatistik
 - Expertengruppe Wirtschaftsstatistik (WISTA)
- Eidg. Kommission für Wirtschaftspolitik
- Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge
- Rüstungskommission
- Tripartite Berufsbildungskonferenz (TPPK)
 - ABU-Kommission (Rahmenplan Allgemeinbildender Unterricht)
- Tripartite Kommission des Bundes im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr (TPK Flam)
- Tripartite Kommission des Bundes für Angelegenheiten der IAO
- Eidg. Wettbewerbskommission Weko

Andere Kommissionen, Stiftungen, Organisationen

- Bankrat (SNB)
- Begleitgruppe Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut
- Collective Bargaining Coordination Committee
- Coop Rechtsschutz
- Denknetz, Vorstand

- Ebenrain-Konferenz
- EFTA-Konsultativausschuss
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), Vorstand
- Eidg. Hochschule für Berufsbildung (EHB)
- Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz in Bilbao; Focal Point Schweiz
- Fachausschuss Viamia (kostenlose Standortbestimmung Ü40)
- Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitswelten FAA-HSG (Universität St. Gallen)
- Gewerkschaftsschule Schweiz (Förderverein, Stiftungsrat und Vorstand)
- IGB-Vorstand (stellvertretendes Mitglied)
- Internationale Arbeitskonferenz ILO (jährlich bestimmt durch Seco und Bundesrat)
- Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)
- Qualitätssicherungskommission (QSK) für die Berufsprüfung für Fachfrau/Fachmann für Management in gewerkschaftlichen Organisationen
- Reka-Verwaltungsrat
- Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)
- Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) (vormals Kommission Heimarbeit)
- Schweiz. Exportrisikoversicherung (SERV)
- Schweiz. Gesellschaft für angewandte Berufsbildungsforschung (SGAB)
- Schweiz. Hochschulkonferenz und ständiger Ausschuss der Organisationen der Arbeitswelt
- Schweiz. Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)
- Schweiz. Seniorenrat (SSR)
- Solidar-Vorstand
- Solifonds-Stiftungsrat
- Sounding Board Aussenwirtschaft
- Stiftung ECAP
- Stiftung Entschädigungsfonds Asbestopfer (EFA)
- Stiftungsrat der Ersatzkasse UVG
- Stiftungsrat SwissSkills
- SUVA-Rat
- Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB)

Liste 2: SGB-Kommissionen und -Koordinationsgruppen

Statutarische Kommissionen

- Migrationskommission
- Feministische Kommission
- Jugendkommission
- Rentner:innen-Kommission
- Queer-Kommission

**MEHR
LOHN.**

**MEHR
RENTE.**

**GLEICHSTELLUNG
JETZT!**

SGBIUSS
Schweizerischer Gewerkschaftsbund

MAI

PRÄMIEN

LÖHNE

MAI

Fachkommissionen

- Kommission für Sozialpolitik
- Kommission für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Bildungspolitische Kommission

Koordinationsgruppen

- Organisation und Verwaltung
- Lohnverhandlungen
- Rechtsschutz
- Netzwerk SGB-Jurist:innen

Liste 3: Tagungen und Events

- 31. August 2022, Bern: Juristische Tagung des SGB – «Über Homeoffice, Flexwork, Grossraumbüros und Arbeitszeiten»
- 29. September 2023, Bern: SGB-Tagung Osteuropa
- 3. November 2023, Bern: SGB-Rentner:innen-Gipfel
- 2. Dezember 2024, Bern: Juristische Tagung des SGB – «Schutz vor missbräuchlichen Kündigungen im Schweizer Arbeitsrecht. Stand der Dinge und Ausblick»
- 13. September 2025, Bern: SGB-Migrationskonferenz – «Solidarität und Teilhabe»
- 3. November 2025, Bern: Juristische Tagung des SGB zum Kollektivarbeitsrecht
- 21./22. November 2025, Bern: 15. Feministischer Kongress des SGB

Kommunikation

Die Berichtsperiode 2022 bis 2025 war für die Kommunikations- und Kampagnenabteilung des SGB von ausserordentlichen Entwicklungen geprägt. Insbesondere in der Renten- und Kaufkraftthematik gelang es, im Zuge der Covid-Krise und der Rückkehr der Inflation das gewerkschaftliche Framing im öffentlichen Diskurs breit durchzusetzen. Die hohe Dichte an Unterschriftensammlungen und Abstimmungen wurde genutzt, um eigene Kanäle für die direkte Kommunikation mit Sympathisantinnen und Unterstützerinnen aufzubauen.

Diese Aufbauarbeit fokussierte sich insbesondere auf das Rententhema und ermöglichte es, eine «Community» mit mehreren Hunderttausend Kontakten zu bilden, ausgehend von der Mobilisierung gegen die AHV-21-Vorlage im Herbst 2022. Diese Community zeigte sowohl bei der Abstimmung zur 13. AHV-Rente als auch beim Referendum gegen die BVG-Reform ein sehr intensives Engagement. Allein im Jahr 2024 kamen über diese Kanäle Spenden von mehr als einer Million Franken zusammen, die zusätzlich für die Kampagnen eingesetzt werden konnten. Gleichzeitig etablierte sich eine starke Einbindung von Einzelpersonen für politische Kampagnen über kostenlose Angebote von Kampagnenmaterial. Damit konnte die klassische Mobilisierung über Gewerkschaftsmitglieder und den gewerkschaftlichen Apparat wesentlich ergänzt werden.

Bei der Unterschriftensammlung für das BVG-Referendum konnten über die Community knapp 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Damit wurden neue Massstäbe gesetzt und neue Methoden entwickelt, um künftig auch die Sammelfähigkeit bei Referenden zu stärken.

Das Zusammenspiel eines offensiven medialen und politischen Agenda-Settings mit dieser neuen Mobilisierungsdynamik sowie die Abstimmungserfolge haben den bestehenden Ruf des SGB und seiner Gewerkschaften als Veto- und Gestaltungsmacht zusätzlich gestärkt.

Mit der Lernendenkampagne für 8 Wochen Ferien in der Lehre wurde diese Fähigkeit weiter ausgebaut und zum ersten Mal ausserhalb eines klassischen Abstimmungskampfs erfolgreich eingesetzt. Gleichzeitig konnte die Zahl der direkten Kontakte deutlich erhöht werden.

Mit dem neuen Lohnrechner wurden im Jahr 2025 nicht nur ein neues Design und eine verbesserte Methode eingeführt. Es wurde auch eine neue Kommunikationsstrategie umgesetzt. Über die Sammlung von Leads entsteht ein zusätzlicher Kanal zu Arbeitnehmenden. Diese Kontakte können regelmässig zu Themen rund um Lohn und Lohnverhandlungen informiert werden, mit dem Ziel, sie künftig auch für die Mitgliedergewinnung zu aktivieren.

Archiv und Bibliothek

Im Zuge der Auflösung der SGB-Bibliothek im Jahr 2019 wurden grosse Teile der Bibliotheksbestände in Kisten verpackt und anschliessend in einem Keller eingelagert. Diese Art der Lagerung verunmöglichte den Zugriff auf einzelne Publikationen. Während der Kongressperiode wurden Vorbereitungen getroffen, den Bibliotheksbestand deutlich zu reduzieren und den verbleibenden Teil an Dritte weiterzugeben. Dadurch sollen die Restbestände wieder zugänglich gemacht werden. Das Archiv des SGB befindet sich seit 2019 im Sozialarchiv in Zürich. Weitere Lieferungen werden in Zukunft primär digital erfolgen.

SGB-Kongress 2022

Am 25. und 26. November 2022 fand in Interlaken der 57. Kongress des SGB statt. Die Delegierten legten zentrale gewerkschaftliche Schwerpunkte fest: eine Lohn- und Rentenoffensive sowie die Organisation eines weiteren feministischen Streiks am 14. Juni 2023, um die weiterhin unzureichende Einkommens- und Rentensituation von Frauen zu verbessern. Angesichts steigender Lebenshaltungskosten forderten die SGB-Delegierten Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft, darunter generelle Lohnerhöhungen, Mindestlöhne von 4'500 Franken (bzw. 5'000 Franken mit Lehre) und besseren Lohnschutz durch stärkere Gesamtarbeitsverträge.

Einen weiteren Fokus legten die Delegierten auf die Altersvorsorge: Mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente sollten die sinkenden Pensionskassenrenten ausgeglichen und die AHV gestärkt werden. Zudem wurde sich seitens SGB für eine sozial gerechte Klimapolitik und einen demokratisch gestalteten Strukturwandel ausgesprochen. Der Kongress beschloss auch, eine Volksinitiative für besseren Kündigungsschutz vorzubereiten.

Als Präsident wurde Pierre-Yves Maillard bestätigt und im Präsidialausschuss – erstmals in der Geschichte des SGB – eine Frauenmehrheit gewählt.

Delegiertenversammlungen 2022–2025

Delegiertenversammlungen fanden statt:

2022 am 11.02. (303, a.o., per Video) und am 06.05. (304)

2023 am 02.06. (305) und am 01.12. (306)

2024 am 31.05. (307) und am 29.11. (308)

2025 am 31.01. (309, a.o.) und am 05.12. (310)

Die Aufträge der DV an Vorstand und Sekretariat finden ihren Niederschlag in den Sachkapiteln dieses Tätigkeitsberichts. Nachfolgend sind lediglich die Schwerpunktthemen erwähnt:

303 a.o. SNB-Initiative

304 Krieg in der Ukraine: Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung; Gesundheitswesen: öffentliche Versorgung, gute Abgeltung, soziale Finanzierung; einkommens- und lohnpolitische Standortbestimmung

305 Europapolitik: «Für eine Öffnung, die den Arbeitnehmenden nützt»; Kaufkraft: «Reallohn-erhöhungen, mehr Prämienverbilligungen und eine 13. AHV-Rente»; Aufnahme HelvetiCA in den SGB

306 Löhne und Renten müssen zum Leben reichen: gewerkschaftliche (Kaufkraft-)Offensive 2024; «Substanzielle Reallohn-erhöhungen und eine 13. AHV-Rente»; «Verhandlungen mit der EU: Lohnschutz und Service public sichern»; Aufnahme Société pédagogique vaudoise (SPV) in den SGB

307 Lohn- und Verteilungspolitik: mindestens 5'000 Franken Lohn mit Lehre – Lagebeurteilung und gewerkschaftliche Forderungen

308 «Endlich Arbeitsbedingungen verbessern statt verschlechtern»

309 a.o. Europapolitik: «Sichere Löhne, funktionierender Service public!»

310 «Flächendeckende Sonntagsarbeit, überlange Arbeitstage? Finger weg vom Arbeitsgesetz!»

Kantonale Bünde

Die Konferenz der kantonalen Gewerkschaftsbünde fand auch während der letzten Kongressperiode jeweils viermal jährlich statt – dies abwechselungsweise virtuell und vor Ort in Bern. Neben statutarischen sowie inhaltlich wiederkehrenden Themen (Durchführung 1. Mai, Abstimmungskampagnen, Kantonsfinanzen) beschäftigten sich die Vertreter:innen der Bünde unter anderem mit folgenden Themen: Situation Prämien und Prämienverbilligungen, kantonale Mindestlöhne, Angriffe auf das Arbeitsrecht und den Gesundheitsschutz, Spar- und Steuerpolitik. Strukturelle Änderungen gab es mit den Fusionen bzw. Neugründungen des Gewerkschaftsbunds beider Basel (GBB) sowie des Gewerkschaftsbunds St. Gallen-Appenzell (GBSGAP). Bei ArbeitAargau kam es mit dem Beitritt von Travail.Suisse zu einer bemerkenswerten Erweiterung.

Tabelle 4: Präsidialausschuss

Funktion	Mitglied	ersetzt durch
Präsident	Maillard Pierre-Yves	
Vizepräsident:innen	Alleva Vania	
	Wey Natascha (01.23–05.25)	
	Tuti Giorgio (bis 09.22)	
Mitglieder	Giger Stefan (bis 07.22)	Wey Natascha (01.23–05.25) Wyler Rebekka (ab 12.25)
	Tuti Giorgio (bis 09.22)	Hartwich Matthias (ab 01.23)
	Lutz Nico	
	Münger Daniel (bis 06.23)	Antonini Matteo (ab 07.23)
	Polito Véronique	
	Prelicz-Huber Katharina (bis 10.23)	Dandrès Christian (ab 11.23)
	Spalinger Barbara (bis 07.22)	Solano Valérie (08.22–12.23) Boillat Valérie (02.24–03.25) Keller Barbara (ab 12.25)
	Vonarburg Stephanie (Stv.)	

Der Präsidialausschuss versammelte sich regelmässig zwei Wochen vor den Vorstandssitzungen.

Tabelle 5: Vorstand

Über die Tätigkeit des Vorstandes in der Berichtsperiode gibt der vorliegende Bericht im Detail Aufschluss.

Der Vorstand tagte im Jahre 2022 acht Mal, 2023 sieben Mal, 2024 acht Mal und 2025 sieben Mal. Er setzte sich in der Berichtsperiode wie folgt zusammen:

Verbände	Mitglied	ersetzt durch
AvenirSocial	Beuchat Stéphane (bis 06.23)	Grob Annina (07.23–11.24) Bisang Nadia (ab 02.25)
ESPA	Roch Joël	
Garanto	Rebsamen Heidi (bis 09.25)	Caminada Debora (ab 09.25)
** Impressum	Burkard Michael	Lehner Livia (02.22–05.25) Burkard Michael (ab 07.25)
kapers	Nikolic-Fuss Sandrine	
Nautilus	Schatz Holger	
New Wood	Vigne Jacques	
PVB	Hayoz Jérôme	
** SBK	Ley Sophie	
SBPV	Ferrara Natalie (bis 10.24)	Gabathuler Heinz (ab 11.24)
SEV	Tuti Giorgio (bis 09.22) Spalinger Barbara (bis 01.22)	Hartwich Matthias (ab 10.22) Solano Valérie (02.22–12.23) Kummer Patrick (01.24–12.25) Keller Barbara (ab 12.25)
* SIT	Cattani Manuela (bis 01.23)	De Filippo Davide (ab 01.23)
SMPV	Dannecker Annette	
SMV	Santschi Beat	
SSM	Bachmann Corinne (02.22–05.23)	Atasoy Salvador (05.23–12.23) Dell'Aquila Silvia (ab 01.24)
syndicom	Münger Daniel (bis 06.23) Pardini Giorgio (bis 02.22)	Antonini Matteo (ab 07.23) Mordini Patrizia (03.22–09.25) Roth David (ab 10.25)
SzeneSchweiz	Leutenegger Salva	
Unia	Alleva Vania	
	Lutz Nico	
	Campanello Bruna	
	Defferrard Yves (bis 11.25)	Locatelli Silvia (ab 11.25)
	Polito Véronique	
	Schoch Renate (bis 11.25)	Öztürk Timur (ab 11.25)
	Tanner Martin	
vpod	Giger Stefan (bis 07.22)	Wey Natascha (08.22–09.25) Höhener Fabio (ab 09.25)
	Prelicz-Huber Katharina (bis 10.23)	Dandrès Christian (ab 11.23)
** ZV	Stauffer Urs	



gemeinsam stark!

Solidarität statt Hetze

Verbände	Mitglied	ersetzt durch
Kantonale Gewerkschaftsbünde	Barella Renata (bis 05.25)	Rossi Nicole (ab 05.25)
	Budmiger Marcel	
	Carvalhosa Barbosa Marlène (02.22–12.23)	Ivanovic Milka (ab 01.24)
Feministische Kommission	Waser Lucie (bis 06.24)	Lustenberger Sibylle (ab 11.24)
Jugendkommission	Kopp Julius (bis 04.23)	Fasel Félicia (ab 11.23)
Rentner:innen-Kommission	Zimmermann Rolf	
Migrationskommission	Gashi Hilmi	
Queer-Kommission	Toledo Elias	
Movendo	Herzka Michael (bis 03.25)	Vernez Vincent (ab 11.25)

* = assoziierte Mitglieder ** = Mitglieder mit Beobachterstatus

Tabelle 6: Sekretariat

Das Sekretariat hat die Beschlüsse des Kongresses, der Delegiertenversammlung und des Vorstandes auszuführen. Es setzte sich in der Berichtsperiode aus den folgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen:

Angestellte SGB	Name/Vorname	angestellt zu
Sekretäre/Sekretärinnen SGB	Bühlmann Regula (bis 02.22)	80%
	Cirigliano Luca (bis 08.25)	90%
	Cornu Nicole	80%
	Eggmann Jonas (ab 11.25)	80%
	Gaillard Benoît	50%
	Gallusser David	80%
	Hodel Urban	70%
	Huguenot Cyrielle (ab 01.25)	80%
	Kopp Daniel (ab 09.25)	80%
	Lampart Daniel	100%
	Maisenbacher Julia (05.23–06.24)	80%
	Medici Gabriela	90%
	Werder Christina (02.23–05.23)	Stundenlohn
	Wyss Reto	100%
Angestellte SGB	Name/Vorname	angestellt zu
Finanzen/Personaladministration	Roth Simon (ab 05.24)	80%
Kommunikation	Fastermann Thomas	80%
	Graf Seraina (ab 05.25)	70%
	Lohrer Saamel (11.23–07.24)	80%
	Meyer Michelle (03.22–07.23)	50%
	Preisser Matthias (bis 06.25)	80%
	Resener Björn (ab 05.25)	80%
	Schnyder Andrea (11.23–08.24)	80%

Angestellte SGB	Name/Vorname	angestellt zu
Übersetzung Administration Assistenz	D'Alessandris Maria-Rosa	60%
	Deiss Silvia (ab 08.22)	50%
	Fischer Aeberhard Vera (01.22–02.24)	80%
	Harding Juliet	70%
	Mazzocco Claudia (ab 01.25)	60%
	Nicolet Évelyne (bis 02.25)	60%
	Osmani Shasime (bis 07.22)	50%
	Prince Antoinette (bis 08.24)	80%
	Quartenoud Fernand (bis 08.25)	20%
	Sauser Françoise (ab 09.25)	60%
	Wenger Monika (05.22–02.26)	80%
	Zimmermann Thomas	60%
Wissenschaftl. Mitarbeitende	Bühler Joël (bis 12.22)	40%
	El-Ajou Nour (03.25–12.25)	40%
	Gassmann Jonas (03.23–12.24)	40%
	Gisler Elisabeth	40%
	Janeiro Margarida (bis 06.22)	40%
	Kircali Tim (bis 07.24)	40%
	Meier Samuel (bis 09.23)	40%
	Ochsenbein Nina (bis 02.22)	50%
	Pfister Clara (ab 08.24)	40%
	Rudin Florian (04.22–02.26)	50%
	Schley Moritz (03.24–02.25)	40%
	Schmid Luca (ab 01.25)	40%
	Schüpbach Kristina (bis 03.22)	40%
	Zimmermann Alma (08.23–09.25)	40%

**NEIN ZUR
ABSCHOTTUNG**

1. MAI

**JOBS & LÖHNE
VERTEIDIGEN!**



Tabelle 7: Eidgenössische Volksabstimmungen in den Jahren 2022–2025

Datum	Titel der Vorlage	Beteiligung	Anteil Ja-Stimmen	Ständemehr	Ergebnis	Parole
30. Nov. 2025	Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)»	42,94%	15,85%	0 : 23	nein	nein
30. Nov. 2025	Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»	42,95%	21,72%	0 : 23	nein	Stimmfreigabe
28. Sep. 2025	Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitwohnungen (Eigenmietwert)	49,50%	57,73%	16½ : 6½	ja	nein
28. Sep. 2025	Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz)	49,55%	50,39%		ja	ja
9. Feb. 2025	Eidgenössische Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»	37,94%	30,16%	0 : 23	nein	keine Parole
24. Nov. 2024	Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen	47,30%	45,05%		nein	keine Parole
24. Nov. 2024	Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Untermiete)	48,42%	44,89%		nein	nein
24. Nov. 2024	Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)	46,17%	44,90%		nein	nein
24. Nov. 2024	Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)	44,87%	53,31%		ja	nein
22. Sep. 2024	Eidgenössische Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»	45,19%	36,97%	1½ : 21½	nein	keine Parole
22. Sep. 2024	Änderung vom 17. März 2023 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Reform der beruflichen Vorsorge)	45,04%	32,88%		nein	nein
9. Jun. 2024	Eidgenössische Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»	45,4%	44,5%	7½ : 15½	nein	ja
9. Jun. 2024	Eidgenössische Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»	45,4%	37,2%	5 : 18	nein	nein
9. Jun. 2024	Eidgenössische Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»	45,3%	26,3%	0 : 23	nein	nein
9. Jun. 2024	Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)	45,4%	68,7%		ja	ja
3. Mär. 2024	Eidgenössische Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge»	58,1%	25,3%	0 : 23	nein	nein
3. Mär. 2024	Eidgenössische Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»	58,3%	58,2%	15 : 8	ja	ja
18. Jun. 2023	Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)	42,49%	61,94%		ja	ja
18. Jun. 2023	Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen)	42,37%	78,45%	23 : 0	ja	nein
18. Jun. 2023	Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)	42,54%	59,07%		ja	ja
25. Sep. 2022	Eidgenössische Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»	52,27%	37,14%	½ : 22½	nein	keine Parole
25. Sep. 2022	Eidgenössische Volksabstimmung über den Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	52,16%	55,07%	18 : 5	ja	nein

Datum	Titel der Vorlage	Beteiligung	Anteil Ja-Stimmen	Ständemehr	Ergebnis	Parole
25. Sep. 2022	Eidgenössische Volksabstimmung über die Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	52,18%	50,57%		ja	nein
25. Sep. 2022	Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer	51,7%	47,99%		nein	nein
15. Mai 2022	Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG)	40,03%	58,42%		ja	ja
15. Mai 2022	Änderung vom 1. Oktober 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)	40,26%	60,20%		ja	keine Parole
15. Mai 2022	Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	39,98%	71,48%		ja	Stimmfreigabe
13. Feb. 2022	Eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» (Tierversuchsverbots-Initiative)	44,19%	20,92%	0 : 23	nein	keine Parole
13. Feb. 2022	Eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»	44,23%	56,61%	15 : 8	ja	keine Parole
13. Feb. 2022	Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben	44,02%	37,33%		nein	nein
13. Feb. 2022	Bundesgesetz vom 18. Juni 2021 über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien (Mediengesetz)	44,13%	45,44%		nein	ja

Impressum

Herausgeber:

SGB, Monbijoustr. 61, 3007 Bern

info@sgb.ch, www.sgb.ch

Redaktion und Übersetzung:

Gabriela Medici, Björn Resener,

Françoise Sauser

Layout: Mario Suter

Copyright 2026 by SGB